



HESSISCHER LANDTAG

27. 10. 2020

DDA

Antrag

Fraktion der SPD

Kommunen beim Breitbandausbau unterstützen – Glasfaseranbindung von Schule sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass die Bundesregierung bereits 11 Mrd. € für den Breitbandausbau bereitgestellt hat, um in unterversorgten Regionen mit staatlicher Förderung den Ausbau voranzutreiben. Dazu hat das BMVI der Europäischen Kommission im Mai letzten Jahres den Entwurf einer Rahmenregelung zur Förderung des Breitbandausbaus in den grauen Flecken vorgelegt, also in den Gebieten, die mit mindestens 30 MBit/s versorgt sind, nicht aber mit gigabitfähigen Anschlüssen.
2. Der Landtag begrüßt, dass die Bundesregierung auch die laufende Förderung verbessern will und es den Bundesländern einräumt, die bisher verpflichtend im Rahmen der Förderung vorgeschriebene kommunale Eigenbeteiligung von 10 % in Zukunft zu übernehmen.
3. Der Landtag stellt fest, dass der Ausbau der digitalen Infrastruktur durch den pandemiebedingten Schub bei der Digitalisierung mehr denn je vorangebracht werden muss.
4. Der Landtag stellt fest, dass insbesondere an Schulen der Bedarf nach einem Glasfaseranschluss besteht, um den modernen Anforderungen von digitalen Lehr- und Lernformaten gerecht zu werden.
5. Der Landtag stellt fest, dass die Kommunen durch die pandemiebedingten Einnahmeverluste finanziellen Handlungsspielraum einbüßen.
6. Der Landtag hält es für zwingend erforderlich, dass die hessischen Kommunen insbesondere zur Versorgung ihrer Schulen am Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau teilnehmen.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den bisher beim durch den Bund geförderten Breitbandausbau verpflichtend vorgeschriebenen kommunalen Eigenanteil in Höhe von 10 % zu übernehmen.

Begründung:

Die Corona-Pandemie ist für alle Menschen eine große Herausforderung. Insbesondere das Arbeiten von Zuhause aus, die zunehmende Nutzung von Videokonferenzen oder digitaler Unterricht erfordern eine stabile und schnelle Internetverbindung mit geringen Latenzzeiten. Um diese überall zu gewährleisten, ist der weitere Ausbau der digitalen Infrastruktur, insbesondere der Glasfasernetze notwendig.

Besonders unser Bildungssystem steht vor neuen Herausforderungen. Damit alle Schülerinnen und Schüler ihre digitalen Endgeräte, die hoffentlich zeitnah zur Verfügung stehen werden, auch sinnvoll nutzen können und Lehrkräfte digitale Lehr- und Lernformate umsetzen können, besteht insbesondere in unseren Schulen der Bedarf nach Glasfaseranschlüssen.

Nach Überarbeitung der Bundesförderrichtlinie für den Breitbandausbau und der Abstimmung der sogenannten Grauen-Flecken-Förderung mit der EU-Kommission besteht nunmehr die Möglichkeit, Schulen ohne Aufgreifschwelle zu fördern und den bisher zu erbringenden Eigenanteil in Höhe von 10 % durch das Land zu übernehmen.

Während die Anforderungen an die digitale Infrastruktur steigen, schmälert die Corona-Pandemie gleichzeitig, insbesondere durch geringere Gewerbesteuereinnahmen, die finanzielle Handlungsfähigkeit von Kommunen.

Um zu vermeiden, dass Kommunen in Zeiten knapper Haushalte auf den dringend notwendigen Breitbandausbau verzichten und, um das erklärte Ziel der Landesregierung bis 2022 alle Schulen ans Glasfasernetz anzuschließen, auch tatsächlich zu erreichen, sollte das Land künftig für alle Kommunen den Eigenanteil im Rahmen des Bundesförderprogrammes übernehmen.

Auch andere Länder planen aktuell diesen Weg zu gehen, um ihre Kommunen finanziell zu entlasten und den Ausbau der digitalen Infrastruktur zu fördern.

Wiesbaden, 27. Oktober 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser